

Ob es um Staatsschulden, Einkommen oder Schulerfolg geht,
eine verlässliche Sozialstatistik ist angesichts der globalen Dateninflation
wichtiger denn je für unsere Demokratie

Jeder zählt

22. Oktober 2012, Gerd Held

Ganz Europa wartet in diesen Wochen auf einen Bericht. In der Griechenland-Affäre soll der sogenannte Troika-Bericht die Grundlage liefern, auf der dann für oder gegen weitere Hilfen entschieden werden kann. Klingt vernünftig, aber wir könnten eine böse Überraschung erleben: Schon ist zu hören, die Troika habe sich mit der Athener Regierung weitgehend geeinigt, obwohl noch nicht eine Zeile des Berichts vorliegt. Ist der Bericht doch nicht so wichtig? Das scheint jedenfalls für den Teil zu gelten, der über die Realitäten Auskunft geben soll. Hier geht es um die Statistik - um Zahlen, mit denen man die Leistungsfähigkeit des Landes in Relation zu den privaten und staatlichen Ausgaben setzen kann. In der statistischen Betrachtung zählen beschwörende Worte wie „Vertrauen“ oder „Mut“ nicht. Sie ist ein Messinstrument, um die Verhältnisse eines Landes zu erfassen und Griechenland hat deutlich über seine Verhältnisse gelebt. Sollte nun dies Messinstrument gar keine entscheidende Rolle mehr spielen? Das wäre eine erstaunliche Wende. Jahrelang hat Athen lückenhafte oder falsche Statistiken präsentiert. Kann nun die Troika der europäischen Öffentlichkeit auch keine solideren Zahlen präsentieren?

Die griechische Affäre zeigt, wie sehr unser Wirtschaftsleben und unsere Demokratie von einer Einrichtung abhängen, die eigentlich recht langweilig erscheint: von der Sozialstatistik. „Statistik“ geht auf das lateinische „status“ (Zustand) zurück, das auch dem Begriff „Staat“ zugrunde liegt. Ist die Datenerhebung also eine staatsinterne Angelegenheit, eine Art Selbstbeschäftigung der Bürokratie? Nein, seit dem Anbruch moderner Zeiten ist es umgekehrt: Je mehr sich der Staat auf ein unabhängiges Wirtschaftsleben und eine eigenständige Privatsphäre der Bürger einstellen musste, brauchte er eine systematische Erhebung von Daten über diese Außenwelt. Und die Gesellschaft konnte sich ein Bild ihrer Lage machen, wenn die Informationen flächendeckend, kontinuierlich und überprüfbar erhoben wurden. Aber man konnte auch nicht „alles“ erfassen, sondern musste einzelne Indikatoren auswählen und die Mathematik weiterentwickeln. So entwickelte sich die Statistik zu einer eigenen Wissenschaft und zu einer Alltagspraxis des modernen Verwaltungsstaates. In Preußen wurde 1805, unter dem Minister von Stein, das „Statistische Büro“ errichtet, 1806 lag der erste Jahresbericht mit 24 Tabellen über „Bevölkerung, Topographie, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, Verkehr, Akzise, Konsum, Moral und Kultur“ vor. Zu diesem Zeitpunkt hatte England, dank Sir William Petty, schon mehr als ein Jahrhundert Erfahrung auf diesem Gebiet. Ohne diese Vorarbeit hätte es später nicht die berühmten Enqueten der Fabrikinspektoren gegeben, die das frühindustrielle Elend aktenkundig machten und zu sozialen Schutzgesetzen führten.

Gewiss, heute gibt es übertriebene Dokumentationspflichten, die in mittelständischen Betrieben oder auf Pflegestationen wertvolle Arbeitszeit kosten. Aber es gibt einen guten Kern der Sozialstatistik, der für unsere Demokratie lebenswichtig ist. Denn ohne das „Zählen“ gäbe es keine allgemeingültigen Gesetze. Statistik mag monoton sein, aber sie kennt kein Privileg und keinen Ausschluss. Jeder zählt. Nur wo die Statistik gepflegt wird und Beachtung findet, kann sich herausstellen, ob eine Maßnahme dem Gesamtwohl dient oder ob sie an der Lebensrealität von vielen Menschen vorbeigeht. Immanuel Kant's Idee, dass eine „gute“ Handlungsweise nur die ist, die auch als Gesetz für alle gelten könnte, ist ohne die Erfindung der Statistik gar nicht praxistauglich. Ohne ihre nüchternen Zahlengrößen könnten die modernen Nationen – angesichts der Vielfalt der Menschen, die sie umfassen – gar kein zusammenhängendes Selbstbild entwickeln. Auch wir Deutschen brauchen Zahlen, um zusammenzuhalten.

Dieser gute Kern der Sozialstatistik ist heute wichtiger denn je. Es gibt neue Schwierigkeiten, um die allgemeinen Zustände in den Blick zu bekommen. Die Hindernisse liegen nicht in der Borniertheit einer alten Ständegesellschaft, sondern in unseren heutigen „postmodernen“ Leben, das sich im ständigen Wechsel von Ereignis zu Ereignis bewegt. Diese Flüchtigkeit hat das zeitgenössische Staatswesen angesteckt. Wir werden immer weniger von allgemeinen Gesetzen regiert, sondern von „Projekten“, die von Interessengruppen auf „Gipfeln“ nach den jeweiligen Kräfteverhältnissen zusammengefügt werden. Dabei gerät der Anspruch, dass Politik Gesetze mit Relevanz für jedermann machen muss, unter die Räder. In dieser Situation wird die Sozialstatistik schwieriger, aber auch wichtiger. Sie muss darüber wachen, dass nicht nur das Auffällige und Besondere zählt, sondern auch das Normale - und dass regelmäßig Gesamtbilanzen gezogen werden.

Für diese Aufgabe ist die PISA-Studie ein gutes Beispiel. Über Jahrzehnte wurde die Schulandschaft immer unübersichtlicher, Kurse und Projekte überlagerten oft die Kernfächer. Auch das öffentliche Bild der Schulen wurde immer mehr von Sonderthemen geprägt und von dem frommen Wunsch begleitet, dass damit irgendwie „mehr Motivation“ erzeugt wurde. Die Stunde der Wahrheit schlug, als eine vergleichende Enquete über die Leistungen der Schüler durchgeführt wurde und dabei allgemeine Kompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen gemessen wurden. Auf einmal zeigten sich die gravierenden Verluste, die die Schulveränderungen erzeugt hatten. Allerdings wurden die Ergebnisse sofort hinterfragt und das gleiche Spiel wiederholte sich bei zahlreiche Folgestudien. Als kürzlich ein Hauptschulvergleich ergab, dass in manchen Bundesländern die Schüler Rückstände von über einem Jahr haben, wurde in der „Aktuellen Stunde“ des WDR gefragt, ob man solche Studien überhaupt noch publizieren sollte, wenn sie sowieso immer dasselbe zeigten.

Die Bedeutung der Sozialstatistik ist also umstritten. Zugleich steht sie vor neuen Herausforderungen. Sie muss Methoden entwickeln, die den Wust der Sonderinteressen durchdringt. Wenn eine Minderheit von 10% auf 15% wächst und es heißt „Immer mehr Deutsche fahren Fahrrad“ oder „beziehen Ökostrom“ kann nur eine solide Statistik sicherstellen, dass auch die anderen zählen und die Gesamtheit ins Bild kommt. Bis heute gibt es keine monatliche Effizienzmessung des deutschen Energiesektors, dem eine ähnliche Wende zugemutet wird wie unseren Schulen. So spielt die Sozialstatistik heute die Rolle eines Bilanzwächters, der seine eigene Stabilitätskultur weiterentwickeln muss und seine Unabhängigkeit von der Regierungspolitik wahren muss. Das gilt auch für Europa. In der Schuldenkrise muss es beweisen, dass es zu einem realitätsnahen Selbstbild fähig ist. Der Troika-Bericht ist ein Testfall. Wenn er seiner Berichtsaufgabe nicht gerecht wird, wäre das verheerend.

(Manuskript vom 22.10.2012, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT am 1.11.2012)